

Betroffene verlangen Wiedergutmachung

Dieses Jahr wurde der Radikalenerlass 50 Jahre alt. Wie jedes Jahr im Herbst protestierte die GEW auch dieses Jahr Ende Oktober in Sichtweite des Landtags gegen das Unrecht. Er war eine Hexenjagd gegenüber jungen Menschen, denen Verfassungsfreundlichkeit unterstellt wurde. In Baden-Württemberg erfolgten von 1972 bis 1990 insgesamt 695.674 „Regelanfragen“ beim Inlandsgeheimdienst, dem Verfassungsschutz. Offiziell gab es 300 Nicht-Einstellungen und Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst. Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Betroffen waren zu 97 Prozent politisch linksgerichtete Menschen, von Lehrer*innen und Erzieher*innen, Ingenieur*innen, Journalist*innen bis zu Busfahrer*innen.

In Baden-Württemberg verhindert die Regierung Kretschmann eine Wiedergutmachung mit Verweis auf fehlende Forschung. Die Betroffenen haben das

ewige Verschleppen satt. Die Süddeutsche Zeitung fragte schon den Ministerpräsidenten, ob er auf eine biologische Lösung abziele. Er meinte später: „Ich werde entscheiden, wie wir weiter mit dem Thema umgehen“. Es gebe Wichtigeres. DGB, GEW, Verdi und IG Metall unterstützen die Betroffenen und ihre Forderungen nach Entschuldigung, Rehabilitation und Entschädigung. Dass die Berufsverbotspolitik mit bundesweit offiziell 3,5 Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz der Demokratie schweren Schaden zugefügt hat und zu Einschüchterung und Duckmäusertum geführt hat, ist heute unstrittig. █

Margot Littwin und Gunter Krieger